

Der Bessellschaffer

Amis- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

Geprägt 1926

Schuldring, Druck und Verlag von W. H. JAHNKE (Hans Jahnke) Nagold

Freitag, den 28. August 1923

Beste Zeitung im
Oberamtsbezirk. — An-
zeigen sind daher von
bestem Erfolg.

Das ist die Zeitung, die
für den Oberamtsbezirk
am besten geeignet ist.
Sie enthält alle Nachrichten
über den Oberamtsbezirk
und ist für den Leser
von großem Interesse.
Die Zeitung ist für den
Leser von großem Nutzen.
Sie enthält alle Nachrichten
über den Oberamtsbezirk
und ist für den Leser
von großem Interesse.

Telegraphische Adresse:
Bessellschaffer Nagold.
Postfachnummer:
Stuttgart 4118.

Nr. 200

Dienstag, den 28. August 1923

97. Jahrgang

Tagespiegel

Die bayerische Regierung gibt bekannt, daß in der Strafkammer des Reichsrichters Dr. Stresemann mit dem Ministerpräsidenten Dr. v. Kautler in München über die wichtigsten Fragen der äußeren und inneren Politik, insbesondere über das Verhältnis des Reichs zu den Bundesstaaten und die Notstandsmaßnahmen in grundsätzlicher Uebereinstimmung die Voraussetzungen für eine gedeihliche Zusammenarbeit zwischen dem Reich und Bayern erneut festgelegt worden seien. — Das klingt nicht gerade begeistert.

Der britische Erminister Baldwin ist nach Frankreich zum Erholungsurlaub in Arc-les-Bains abgereist.

Im Falle des verstorbenen japanischen Erministers Kato ist der Minister des Auswärtigen einstimmig zum Erminister ernannt worden.

Wegen der Meuterei spanischer Soldaten, die von Malaga nach Marokko (Melilla) befördert werden sollten, werden 74 Soldaten vor das Kriegsgericht in Malaga gestellt. Bei der Ankunft des Transportdampfers in Melilla wurde der größte Teil der an Bord befindlichen 755 Soldaten in einem Gefängnis eingesperrt. Die Meuterer sollen in Malaga die Jahre „saisónischer Sonderbänder“ ausgezogen haben.

Der bisherige bulgarische Gesandte Daskalow, ein Anhänger des gefürzten Stambuliski, wurde in Prag-Smichow von dem Bulgaren Milow aus Sofia auf der Straße erschossen.

Die Regierung in Belgrad hat die Auslieferung des nach London entflohenen Kroatienführers Raditsch verlangt.

Die neuen Steuern

In diesem Monat sind wichtige neue Steuergesetze erlassen worden, über deren Inhalt wir wiederholt berichtet haben. Auf Wunsch aus unserem Leserkreis geben wir nachstehend noch einmal eine zusammenfassende Darstellung über die wichtigsten Bestimmungen.

1. Durch das Gesetz vom 9. Juli ds. Js. war die Erhöhung der Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer festgesetzt worden. Danach war am 15. August das 25fache des Betrags vorauszahlen, der sich für je ein Vierteljahr als Einkommensteuer für das Kalenderjahr 1922 berechnete. Diese Erhöhung der Vorauszahlungen tritt nicht ein bei Steuerpflichtigen, deren Einkommen des Kalenderjahres 1922 sich hauptsächlich aus Erträgen auf neutrale Währung lautender festverzinslicher Werte wie z. B. Kriegsanleihen usw. und aus Gehältern, Röhnen, Pensionen dem Verdienst der freien Berufe (Rechtsanwälte, Ärzte, Schriftsteller, Künstler usw.) zusammensetzt oder hauptsächlich aus einer von diesen Einkommensarten besteht.

Durch ein neues Gesetz vom 11. August d. J. ist das Gesetz vom 9. Juli geändert worden. Insofern nach dem Gesetz vom 9. Juli n. S. das 25fache des Betrags zu zahlen war, der sich für ein Vierteljahr als Einkommensteuer für das Kalenderjahr 1922 berechnete, ist nach dem Gesetz vom 11. August das 40fache zu leisten, die durch das Gesetz vom 11. August vorgeschriebene Mehrleistung hat bis 25. August d. J. zu erfolgen.

Ferner ist eine Rhein-Ruhr-Abgabe durch ein Reichsgesetz vom 11. August d. J. eingeführt worden. Danach ist von den Einkommenssteuerpflichtigen, die auf Grund der Gesetze vom 9. Juli und 11. August d. J. zur Entrichtung von erhöhten Vorauszahlungen verpflichtet sind, außerdem noch am 25. August d. J. das Doppelte der auf Grund dieser Gesetze für das dritte Kalendervierteljahr 1923 zu entrichtenden Vorauszahlung als Rhein-Ruhr-Abgabe zu leisten. Von den übrigen Einkommenssteuerpflichtigen, denen durch das Gesetz vom 9. Juli d. J. eine Erhöhung der Vorauszahlung auf die Einkommensteuer nicht auferlegt war, ist, sofern ihr gesamtes steuerbares Einkommen im Kalendervierteljahr 1922 den Betrag von einer Million übersteigt, am 25. August d. J. das 10fache der nach dem Einkommen des Kalenderjahres 1922 berechneten Vorauszahlung auf die Einkommensteuer für das dritte Kalendervierteljahr 1923 als Rhein-Ruhr-Abgabe zu leisten.

2. Reichliche Bestimmungen gelten für die Körperschaftsteuer. Durch das Gesetz vom 9. Juli d. J. waren die Vorauszahlungen auf die Körperschaftsteuer, die nach dem 30. Juni d. J. fällig wurden, auf das 35fache der in den §§ 24 und 24 c des Körperschaftsteuergesetzes bezeichneten Beträge erhöht; den Erwerbgesellschaften oder, die ihr Wirtschaftsjahr 1921—1922 in der Zeit zwischen dem 31. März und dem 30. September 1922 abgeschlossen hatten, war als weitere Vorauszahlung auf die Steuerhelfer für das Wirtschaftsjahr 1922—1923 auferlegt, daß sie bis zum 15. August d. J. das 10fache der Beträge entrichten sollten, die sie nach dem Besondereinkommengesetz bis 1. Mai 1923 als Vorauszahlung auf die Steuerhelfer für das Wirtschaftsjahr 1922 bis 1923 zu entrichten hatten.

Durch das Gesetz vom 11. August d. J., welches die Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer erhöht hat, sind auch die oben bezeichneten Vorauszahlungen auf die Körperschaft-

steuer erhöht und zwar beträgt das 25fache des 25fachen das 600fache und statt des 100fachen das 1600fache zu leisten worden ist.

Durch das Gesetz vom 11. August d. J. über die Rhein-Ruhr-Abgabe wurde auch den Erwerbgesellschaften eine solche Abgabe auferlegt, die sich nach dem Verhältnis der Gewinne der Wirtschaftsjahre 1921—1922 oder 1922 oder der Wirtschaftsjahre 1921—1922 vor dem 1. April 1922 oder dieses Wirtschaftsjahrs in der Zeit vom 1. April bis zum 30. September 1922 abgeschlossen haben. Die Erwerbgesellschaften haben am 25. August d. J. zu entrichten im ersten Fall ein Viertel des Betrags, der sich als Körperschaftsteuer für das Wirtschaftsjahr 1921—1922 oder 1922 ergibt, vervielfacht mit 600, im zweiten Fall das Einfache des Betrags, der sich als Körperschaftsteuer für das Wirtschaftsjahr 1921—1922 ergibt, vervielfacht mit 600 und im dritten 1/4 des Betrags, der sich als Körperschaftsteuer für das Wirtschaftsjahr 1921—1922 ergibt, vervielfacht mit 600.

3. Die Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer sollen für das letzte Kalendervierteljahr 1923 statt am 15. Nov. 1923 bereits am 5. Oktober 1923 und für das erste Kalendervierteljahr 1924 statt am 15. Februar 1924 bereits am 5. Januar 1924 erfolgen. Zu diesen Terminen sollen ähnliche Vorauszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer und ähnliche Rhein-Ruhr-Abgaben, wie sie am 25. August d. J. zu zahlen sind, geleistet werden.

4. Durch ein weiteres Gesetz vom 11. August d. J. ist eine besondere Besteuerung der Betriebe für die Dauer von sechs Monaten vorgesehen, um in der Finanznot des Reiches Hilfe zu schaffen. Die Abgabe der industriellen, gewerblichen und Handelsbetriebe soll das Zweifache der Beiträge sein, die der Arbeitgeber gemäß § 46 des Einkommensteuergesetzes in der Zeit vom 1. September 1923 bis zum 29. Februar 1924 an das Reich als Lohnabzug abzuführen hat. Die Abgabe der landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Betriebe soll darin bestehen, daß für je 2000 M. Wechbeitragswert, der für das Grundstück nach der Vorschrift des Wechbeitragsgesetzes ohne Abzug von Schulden zugrunde gelegt ist, monatlich 1.50 Mark in Gold zu zahlen ist. Diese Zahlung kann auch in Banknoten, aber mit entsprechendem Aufgeld erfolgen.

5. Eine besondere Besteuerung haben weiter noch die Eigentümer von Kraftfahrzeugen zu erdulden. Sie müssen als Rhein-Ruhr-Abgabe bis zum 5. September d. J. für jedes Kraftfahrzeug das 50fache der um den Zuschlag erhöhten Kraftfahrzeugsteuer entrichten, die von dem Kraftfahrzeug für die Dauer eines Jahres nach dem am 1. Sept. 1923 maßgebenden Vorschriften zu erheben wäre.

6. Diese gesetzlichen Bestimmungen bedeuten eine derartige unmäßige Belastung auch des Buchdruckergewerbes, daß dieses Gewerbe, welches schon zur Bezahlung der gewöhnlich festgelegten Löhne nicht mehr imstande ist, in welchem Umfang diese Steuern einlöslich nicht wird leisten können. Deshalb sei auf § 1 Absatz 6, § 2 Absatz 4 und § 3 des Gesetzes vom 9. Juli d. J., durch das die erste Erhöhung der Vorauszahlung auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer eingeführt ist, noch besonders hingewiesen; diese Bestimmungen bieten entsprechende Erleichterungen. Macht ein Einkommenssteuerpflichtiger glaubhaft, daß sein steuerbares Einkommen für das Kalenderjahr 1923 voraussichtlich weniger als vier Fünftel des für die Vorauszahlung maßgeblichen Vielfachen des Einkommens des Jahres 1922 betragen wird, so ist ihm ein entsprechender Teil der Vorauszahlung zu stunden. Macht eine Erwerbgesellschaft glaubhaft, daß das steuerbare Einkommen des laufenden Geschäftsjahres voraussichtlich weniger als vier Fünftel des für die Vorauszahlung maßgeblichen Vielfachen des Reingewinns des vorangehenden Geschäftsjahres betragen wird, so ist ihr ein entsprechender Teil der Vorauszahlung zu stunden. Ferner ist sowohl für die Einkommensteuer als auch für die Körperschaftsteuer allgemein bestimmt, daß, wenn die zu leistenden Vorauszahlungen außer Verhältnis zu dem unzulässigen Einkommen stehen, das Finanzamt die Vorauszahlungen anderweit festzusetzen hat. In diesem Fall wird ein Festsetzungsbescheid erteilt, dessen Festsetzung der Beschwerde unterliegt. Diese Rechtsbehelfe sollten bestens beachtet werden.

7. Endlich ist noch bezüglich der Umsatzsteuer eine neue gesetzliche Regelung am 4. August d. J. erfolgt. Danach hat künftig der Steuerpflichtige bis zum 10. jeden Monats eine Voranmeldung abzugeben. In der er die im abgelaufenen Monat vereinnahmten Entgelte zu bezeichnen hat; gleichzeitig hat er eine diesen Entgelten entsprechende Abschlagszahlung zu leisten.

Kopfflosigkeiten

Selt drei Tagen befreit sich die Mark, das heißt ihr Kurs an den Auslandsbörsen macht täglich einen bemerkenswerten Schritt nach oben. Aber nur widerwillig folgen die deutschen Börsen. Man hat sich damit in das Infationsland hineingedrückt, daß die Markbesserung nur als Schwankung, als Pause vor dem letzten Sturm und Zusammenbruch angesehen wird. Man glaubt also noch nicht an die Rettung. Er-

weiter und Angestellte fürchten, daß die letzten Lohnsteigerungen und die künftig verlangte Wertbeständigkeit des Lohnes ihnen kaum das tägliche Brot sichern werden. Drum die Lebensmittelpreise steigen lustig weiter. Es ist kein Halten und Besinnen mehr. Steig der Dollar, so stetterte die Teuerung fast stündlich mit. Einmal der Dollar, so „wirken“ sich eben andere Dinge „aus“, wie der schöne Ausdruck lautet, z. B. die Gütertarife oder das neue Postporto. Dem Einwand des Verbrauchers begegnet stets eine andere Ausrede.

Aber auch die Erzeuger und Unternehmer befinden sich in einer trostlosen Stimmung. Bei ihnen sind es die Steuerfragen, Auspropper, Lohnbetriebssteuer, Brotabgabe, Devisenbeschlagnahme, vervielfältigte Einkommensteuer werden ohne Ende auf sie losgelassen. Finanzminister Hilferding hat in seiner Rede im Haushaltsauschuß des Reichstags die denkbar strengste und wie er sich ausdrückt, geradezu brutale Steuerpolitik angefangen. Was Wunder, daß vielen der Atem ausgeht. Sogar der Reichsausschuß der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat beschloffen, die Straßenbahn der ganzen Stadt stillzulegen. In anderen deutschen Großstädten, wo man sich ebenfalls wie in Berlin in unerbittliche Fahrpreise hineingeritten hat, stehen ähnliche Beschlüsse bevor.

Dieser Nervenzusammenbruch scheint sich auf andere große Organisationen zu übertragen. So hat sich der Afa-Bund, d. i. die Organisation der freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände, und mit ihm zusammen der allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund zu einem, man kann es nicht milder ausdrücken: recht unüberlegten Schritt hinreißten lassen. Beide Verbände haben an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, worin sie verlangen, daß auf Grund der Demobilisations-Berordnung vom November 1920 bei der Prüfung von Stilllegungsangelegenheiten durch die Behörden die Betriebsräte und Gewerkschaften miteinbezogen werden sollen und daß man im Fall einer Stilllegung Waren pflücken und die Warenlager an arbeitswillige Unternehmer übertragen dürfe. Aber selbst wenn man annehmen wollte, daß es unter den hilfsfertigen Betrieben einige gäbe, deren Unternehmer der „brutalen“ Steuerpolitik sich nicht unterwerfen wollen, so wäre es doch eine Ungeheuerlichkeit, Betriebsräte über diese heiklen Fragen entscheiden zu lassen und die Betriebe zu enteignen, um sie an fremde, unerprobte Unternehmer zu vergeben; das würde schnurstracks in die Welt des Bolschewismus hineinführen, dessen Unfähigkeit, eine zusammenbrechende Wirtschaft zu retten, man an der russischen Probe zur Genüge erkannt hat.

Vom Ruhrkrieg

Der französische Kokereibetrieb

Gelsenkirchen, 27. August. Die Wusteraufschlags der Kokerei „Rhein-Elbe“ war von den Franzosen am 12. August beschlagnahmt worden und nach 8 Tagen war der Betrieb in französischer Behandlung so gut wie unbrauchbar gemacht. Mit Hilfe deutscher Berräter wurde er wieder so weit instand gesetzt, daß täglich annähernd 100 Tonnen Koks hergestellt werden, der aber für den französischen Hochofenbetrieb nicht verwendbar ist. In deutschem Betrieb hätte die Kokerei 300 Tonnen täglich geliefert.

Hamm, 27. August. Die verschärfte Verkehrsperre ist am 25. August im ganzen Einwohnungsgebiet überaus in Kraft getreten.

Essen, 27. August. Die Franzosen haben die Ortschaften Hergkamp, Hildinghausen und Hahlinghausen nördlich von Barmen besetzt. Auf dem Bahnhof Bohwinkel rissen sie die Gleise der Neben-

bahnen nach Solingen und Langenberg auf, so daß nur noch zwei Gleise für den Durchgangsverkehr nach dem englischen Besetzungsgebiet freibleiben.

Der von den deutschen Behörden verhaftete Kommerzienrat R. Falk aus Düsseldorf war nach Münster i. W. gebracht worden. Man erlaubte, nach Lünen zu gehen (!), wo die französische Besetzung anfängt. Dort wurde er sofort von den Franzosen in Schutzhaft genommen und ist nun der Aburteilung durch die deutsche Behörde entzogen. Falk hat nicht nur mit den Franzosen gegen Deutschland gearbeitet, sondern es sind ihm auch große Silberziehungen nachgewiesen.

Einem Beamten des Kriegsbeschädigtenamts wurden auf dem Weg nach Oberloffel 3,5 Milliarden Mark weggenommen, die als Zusatzrenten für Kriegervitwen und Waisen bestimmt waren.

In der Städtischen Sparkasse in Bochum „beschloß“ die Franzosen etwa 15 Milliarden Mark, dem anwesenden Publikum wurden die Sparkassen abgenommen. Aus der Stadtkasse in Recklinghausen wurden 12 Milliarden Lohngelder geraubt.

Essen, 27. August. Die Franzosen überraschten eine Zusammenkunft der Eisenbahner im Porthannasium, wo Lohngelder ausbezahlt werden sollten, 6 Milliarden Mark wurden von den Franzosen beschlagnahmt und mehrere Eisenbahner verhaftet.

Anschließend auf Befehl des Divisionskommandeurs haben



französische Polizisten und Soldaten aus der Stadthauptkassette in Essen 100 Milliarden Mark geraubt.
Darmstadt, 27. August. Die Franzosen haben die Zufuhr von Milch aus dem städtischen Gut Gebaboen gesperrt.
Dortmund, 27. August. Da einige Kohlenhändler die von den Franzosen verlangte Kohlensteuer verweigerten, wurden die Kohlenlager beschlagnahmt.
Der französische Soldat, der unlängst im Düsseldorf Hofengelände aus reiner Wut den Schüler Hans Herms erschossen hatte, ist als „geistesgestört“ in das Militärhospital in Mainz aufgenommen worden.

Die kommunistischen Zeitungen verboten

Düsseldorf, 27. August. Die Besatzungsbehörden haben alle 5 kommunistischen Zeitungen im Ruhrgebiet verboten. — Die „Kriegsgefahr“ scheint doch für sehr groß gehalten zu werden.

Ludwigshafen, 27. August. Die Ausgabe städtischer Zeitungen in Ludwigshafen und Kaiserslautern ist nach Verhandlungen mit den Besatzungsbehörden genehmigt worden.

Neue Nachrichten

Das reiche Deutschland

Poincaré behauptet immer, Deutschland schwimme im Reichtum und Wohlleben, während die Franzosen ihre Lebenshaltung einschränken müssen. Ein Bild dazu gibt die Tatsache, daß nach amtlichem Bericht der Pariser Schlachtwirtschaft Ba Willette eingekauft werden muß; er bringt durchschnittlich für die Stadt Paris mit 3 Millionen Einnahmen einen Auftrieb von 50 000 Rindern, Schafen und Schweinen, wiederholt waren oder auch schon über 80 000 Stück in der Woche (zwei Märkte) aufgetrieben worden. Trotzdem ist allerdings in Paris das Fleisch nicht teuer, weil die Viehhändler und Kommissionäre nachweislich an einem oft bis zu 2000 Prozent verdienen und in kurzer Zeit häuereiche Leute werden. Dagegen betrug der Auftrieb auf den Viehmarkt in Berlin (4 Millionen Einwohner) in den letzten Wochen durchschnittlich 3697 Rinder, 1171 Ochsen, 1907 Kühe, 6814 Schafe, 2303 Schweine und 76 Fische, zusammen 15 968 Stück. Demnach soll Deutschland fortwährend, als Sachlieferungen Vieh nach Frankreich zu senden.

Mittelstandsnot in Bayern

München, 27. August. Die Bayerische Volkspartei verlangt von der bayerischen Regierung: 1. mit Hilfe der bayerischen Staatsbank unter Anforderung entsprechender Mittel beim Landtag dem Mittelstand beträchtliche Summen darlehensweise zur Verfügung zu stellen, 2. dergleichen vom Reich zum gleichen Zweck namhafte Mittel anzufordern, 3. dem unhaltbaren Zustand entgegenzutreten, daß Großindustrie und Großhandel nach Goldmark oder ausländischer Währung berechnen, obwohl Kleinhandel und Handwerk nach Papiermark verkaufen müssen.
Die bayerische Regierung beabsichtigt, um der übermäßigen Ausfuhr von Lebensmitteln zu steuern, den Frachtbriefzwang für Kartoffeltransporte einzuführen und die Verbringung von Vieh und Fleisch zu überwachen. Auch die Käseausfuhr wird neuerdings überwacht, wovon besonders Sachsen betroffen wird, das bisher Käse hauptsächlich aus Bayern bezog.

Englische Entschädigungsfrage

London, 27. August. Bei einem Essen der Handelskammer in Aberdeen sagte der Präsident des britischen Handelsamts, Greame, es sei unbillig und beleidigend, anzunehmen, daß eine englische Regierung eine deutschfreundliche Haltung einnehmen würde. Die Ziele der britischen Politik seien: erstens von Deutschland den höchsten Betrag an „Entschädigungen“ auf die wirksamste und rascheste Art herauszuholen, und zweitens geordnete und stetige Verhältnisse in Europa zu schaffen, die den Nationen gestatten, zu arbeiten und Handel zu treiben.

Klagenfrag der New Yorker Marktbefrager

Paris, 27. August. Der New York Herald berichtet, von Besitzern deutscher Wertpapiere sei ein Antrag beim Auswärtigen Amt eingegangen, diplomatische Schritte gegen Deutschland zu unternehmen wegen der Verluste, die die Befrager infolge der Marktentwertung erlitten haben und die 1 1/2 Millionen Dollars (nach anderer Meldung 250 Millionen) betragen sollen.

Die Zwangs-Devisenverordnung

Berlin, 27. August. Die Roterordnung über den Ablieferungszwang von Devisen ist gestern veröffentlicht worden und damit in Kraft getreten. — Wir werden auf die Verordnung zurückkommen! D. Schr.

Ein öffentliches Vergebot

Berlin, 27. August. Die „Deutsche Allgem. Ztg.“ schreibt: Durch verantwortungsbewusste Beamte, die sich an die Zeitungen wandten, ist der Öffentlichkeit bekannt geworden, daß den Empfängern von Vierteljahrsgehältern am 23. August mit der außerordentlichen Teuerungszulage für die zweite Augusthälfte das Septembergehalt, das sich auf einer Teuerungszulage von 13 500 Prozent aufbaut, ausbezahlt worden ist. In einem dem Blatt mitgeteilten Fall habe ein Beamter der Besoldungskasse 12 am Donnerstag mehr als 500 Millionen Mark ausbezahlt erhalten. In aller Heimlichkeit seien trotz gegenteiliger amtlicher Mitteilung also wieder „Nachzahlungen“ statt auf 14 Tage auf 6 Wochen vorausbezahlt worden.
Im Reichsfinanzministerium soll nach den L.R.N. erwoogen werden, die vierteljährliche Vorausbezahlung der Beamtengehälter wieder aufzuheben.

Vom Zeitungsgewerbe

Stettin, 27. August. Sämtliche Zeitungen in Pommern haben dem Personal gekündigt und werden nur noch vorführt arbeiten lassen. Die Zeitungen werden vorläufig nur fünfmal in der Woche erscheinen.

Die schlesischen Verleger beschloßen, den Druck von Büchern einzustellen. — Die Zeitungsverleger in der sächsischen Oberpfalz beabsichtigen, die Ausgabe der Zeitungen einzustellen.

Arbeitslosigkeit in Sachsen

Dresden, 27. August. Die Zahl der Arbeitslosen nimmt in Sachsen täglich in bedenklichem Maß zu. In Dresden hat sie 200 000 überschritten und damit den Höchststand seit der Demobilisierung erreicht. Beim Arbeitsministerium sind im Monat August laut „Lokalanz.“ über 1000 Betriebsstellungen angemeldet.

Lohnbewegung

Hamburg, 27. August. Die Hamburger Werftarbeiter haben den neuen Schiedsspruch, der den Tageslohn auf 5 010 000 Mark festsetzte, als ungenügend abgelehnt.

Eine Folge der deutschen Frachtarifserhöhungen

Hamburg, 24. August. Die Viehausfuhr aus Dänemark nach der Tschechoslowakei hat die Frachtkosten für ein Stück Großvieh bisher mit etwa 8 Kronen bezahlt. Durch die Tarifserhöhung der deutschen Bahn ist jedoch eine Erhöhung um 130 bis 160 Kronen eingetreten. Die Folge davon ist, daß man in Dänemark die Viehschifffahrt durch Deutschland vorläufig eingestellt hat.

Keine Notenfälschungen

Düsseldorf, 27. August. Zu dem Austausch von 20 000 Markscheinen mit verändertem Wasserzeichen im besetzten Gebiet teilt die Reichsbank mit, daß die Noten nicht gefälscht, sondern von ihr selbst ausgegeben seien. Das Wasserzeichen hat aus gewissen Gründen geändert werden müssen. Es war aber keine öffentliche Mitteilung davon gemacht worden.

Zusammenstöße mit Sonderbündlern

München-Moosbach (Rheinpr.), 27. August. Anlässlich einer Versammlung der Sonderbündler kam es zu blutigen Zusammenstößen mit der heftigen Einwohnerschaft. Der bayerische Oberkommissar hat gegen die deutschen Behörden Sanktionen angekündigt, weil sie nicht die nötigen Schutzmaßnahmen getroffen haben.

Umgehung eines Versammlungsverbotes

Stuttgart, 27. August. Dem Berliner Kommunistenblatt „Rote Fahne“, das heute wieder erschienen ist, wird aus Stuttgart gemeldet, daß der von der württembergischen Regierung verbotene kommunistische Bezirksparteitag unter starkem Schutz proletarischer Kompanien in der Gegend von Schwäb. Gmünd in einem entlegenen Waldesgrund am Fuß des Höhenklausen trotz des Verbots abgehalten worden sei. Nach beendeter Versammlung seien die Teilnehmer mit roten Fahnen in geschlossener Zug nach G Spyingen marschiert und haben dort einen Lagerplatz durch die Strohen gehalten.

Drei Sonntagreden Poincarés

Paris, 27. August. Poincaré hielt gestern eine Rede bei einer Denkmalsweihe in Châlons. Er schloßerte mit wilder Phantasie, was geschehen wäre, wenn Deutschland gestagt hätte. Es sei richtig, wenn Deutschland behauptete, es habe schon 42 Milliarden Goldmark Entschädigungen geleistet, oder auch nur 25 Milliarden, wie das Wirtschaftsinstitut in Washington ausgerechnet habe. Wenn die Deutschen sich nicht entschließen, zu bezahlen, werden die Franzosen im Ruhrgebiet bleiben.
Eine zweite Rede hielt Poincaré bei der Einweihung eines Denkmals in Condrecourt zum Gedächtnis des Eintreffens der ersten amerikanischen Truppen in Frankreich. Hier behauptete er, das amerikanische Volk billige in seiner großen Mehrheit die Beschlagnahme des Ruhrgebiets als Pfand. Bei dem folgenden Essen hielt Poincaré die dritte Rede. Die Wiedereroberung von Elsaß-Lothringen meinte er, sei eine lang beabsichtigte Entschädigung gewesen. Aber sie genüge bei weitem nicht. Heute, wo Frankreich daran gebe, den Vertrag von Versailles auszuführen, könne es, weder bezüglich der Sicherheit noch der Entschädigungen von dem im Vertrag festgelegten Mindestmaß etwas ablassen.

Württemberg

Stuttgart, 27. August. Die Stuttgarter Verlegervereinigung hat einstimmig folgende Entschlüsse gefaßt: Die ungeheuerlichen Steigerungen der Buchdruckerlöhne zwingen den Verlagsbuchhandel, seine Produktion einzustellen. Die Verleger sehen sich durch die überstürzte Teuerung und den dadurch bedingten Rückgang des Absatzes außerstande, die Betriebsmittel für diese Anforderungen aufzubringen. Die verhängnisvollen Folgen, die sich durch einen Zusammenbruch des Verlagsbuchhandels nicht nur für die auf ihn angewiesenen Gewerbe — Arbeitgeber und Arbeitnehmer — für die wissenschaftlichen, literarischen und künstlerischen Berufe, sondern auch für das gesamte deutsche Geistesleben ergeben würden, sind in ihrer vollen Auswirkung unübersehbar. Insbesondere auch für die Verbreitung der deutschen Kultur im Auslande wäre das Schlimmste zu befürchten.
Stuttgart, 26. August. Der Verein württembergischer Zeitungsverleger hat in seiner heutigen außerordentlichen Hauptversammlung zu der gegenwärtigen Krise im Zeitungswesen Stellung genommen. Er gibt einstimmig im Ueberzeugung Ausdruck, daß angesichts der unerschwignlichen, die Goldmarklöhne der Vorkriegszeit ganz erheblich übersteigenden Buchdruckerlöhne, eine weitere Aufrechterhaltung der Zeitungsbetriebe auch nur für wenige Wochen nicht möglich sein wird, wenn nicht sofort eine Umkehr auf dem neuerdings eingeschlagenen Wege der Lohnpolitik erfolgt oder ein Eingreifen der Reichs- und Landesregierungen zugunsten einer Vermittlung zwischen den Zeitungsverlegern und ihren Arbeitnehmern erfolgt. Das Zeitungswesen ist sich seiner hohen Verantwortung, die die Weiterführung der Betriebe,

insbesondere das Weiterreichen der Tagespresse im Interesse der gesamten Wirtschaft und des Bestandes des Reiches notwendig macht, voll bewußt. Es ist aber nicht in der Lage, die ihm jetzt auferlegten finanziellen Verpflichtungen sowohl in Beziehung auf die Löhne, als auch auf die Steuern zu tragen, wenn nicht von berufener Seite unverzüglich weitgehende Maßnahmen zur Abänderung der großen Not aller Zeitungen getroffen werden.

Gleichzeitig erachtet es die Versammlung für unbedingt notwendig, daß die Reichspost den Zeitungen bei der Einführung des Halbmonatsbezugs oder noch besser des wöchentlichen Bezugs bereitwilliger als bisher entgegenkomme und ihren abtuhenden Standpunkt aufgibt, weil kein Zeitungsverleger bei den sich überstürzenden Papierpreisen und Arbeitslöhnen den Bezugspreis für einen größeren Zeitraum als eine Woche im Voraus bestimmen kann. Dieses von der Post verlangte Eingehen auf den Wochen- oder Halbmonatsbezug ist für sehr viele Zeitungen eine Lebensfrage.

Schließlich erwartet die Versammlung von den Zeitungslesern, daß sie den Zeitungen in der großen Notlage dauernd beistehen, indem sie die jeweils festgesetzten Bezugspreise die nur das äußerste Maß des Notwendigen enthalten, im Interesse der Aufrechterhaltung unserer heimischen Presse zu richten bereit sind.

Rückblick bei den neuen Steuergeboten. Die Handelskammer Stuttgart nimmt Stellung zu den neuen Steuern vom 11. August, die Gewerbe, Handel und Landwirtschaft in unerhörtem Maß belasten und für viele Betriebe nicht zu überleben sein werden. Namentlich sei die Betriebssteuer roh und brutal. Die Kammer erwartet, daß die Finanzbehörden in der Weiterführung dieser Maßstäbe wahren lassen, die bei solchen Eingriffen in das Wirtschaftsleben unbedingt verlangt werden müsse.

Schließung der Banken. Die württembergischen Banken halten teils wegen des Zahlungsmittelmangels teils wegen Ueberlastung durch die aus den Steuern sich ergebenden Arbeiten bis auf weiteres an jedem Mittwoch Schalter und Kassen ganz geschlossen.

Keine Postmarken. Der 24. August hat wohl das letzte Postporto, aber keine Briefmarken dazu gebracht. Die Briefe wurden am Samstag an den Postschaltern nur in bestimmten Partien abgegeben.

Das Württ. Landw. Wochenblatt schreibt: Am Montag voriger Woche kostete in verschiedenen Stuttgarter Geschäften ein Ei 80 000 Mark. Von uns angeforderte Untersuchungen haben ergeben, daß am gleichen Tage an verschiedenen Stellen des Landes der Erzeuger lediglich 20—25 000 Mark wertete und bezahlt bekam. Was ist das Wunder? Wo ist die staatliche Preisprüfungsstelle?

Vaihingen a. J., 27. August. Ratgeld. Die Gemeinde hat Gutscheine in Höhe von 500 000 Mark und eine Million herausgegeben. Die Städte Vaihingen und Sindelfingen haben gemeinsam ebenfalls Ratgeldscheine herausgegeben.

Vaihingen a. J., 27. August. Einbrecher. In der Nacht auf Sonntag haben sich mehrere Einbrecher in der Wirtschaft a. Krone gütlich getan. Sie drangen in den Keller ein und entwendeten dort Wein und Schwarz in großer Menge.

Calw, 27. August. Spende. Von einem hiesigen Bürger wurden der Stadtverwaltung 5 Dollar zur Verfügung gestellt, deren Ertrag an besonders bedürftige ältere Personen, die keine laufende Unterstützungen erhalten, verteilt werden soll.

Herrenab, 27. August. Brand. Während des Drechens mit der Dampfmaschine geriet die Schauer des Wagners Kull in Brand und wurde mit der ganzen Familie zerstört.

Wassersalgen, 27. August. Gattenmord. Der vor kurzem aus Unterföden zugewogene Schreiner Hans Ott hat aus Eifersucht seine 35jährige Frau im Bett erstochen. Zwei Kinder von 10 und 4 Jahren bleiben zurück.

Vödingen, 27. August. Stiftungen. Die Tristowarenfabrik S. Stern hat für Altersunterstützungen ufm. den Stadtschultheißenamt 150 Millionen Mark und 5 englische Pfund übergeben. Auch von anderer Seite sind in letzter Zeit hier für gemeinnützige Zwecke namhafte Stiftungen gemacht worden.

Oberndorf, 27. August. Obstversteigerung. Am Sonntag wurde der städtische Obsttrug verpachtet. Der Vertrag wurde zu 112 Zentner geschätzt. Der Erlös erreicht die Summe von 101 300 000 Mark, was durchschnittlich einen Steigerpreis von 904 000 Mark für den Zentner bedeuten würde. Letztes Jahr wurden für 780 Zentner 372 450 Mark eingenommen.

Zimmern, N. Rottweil, 27. August. Kirchendiebstahl. In der Kirche bei St. Maria sind zwei Altartische gestohlen worden.

Nedarfeln, 27. August. Schändung. Buben haben auf dem Schauerberg ein Muttergottes-Statuettchen durch Würfe mit 4—5 Pfund schweren Steinen völlig zertrümmert.

Aus Stadt und Bezirk.

Ragold, den 28. August 1923.

Fuhrlöhne. Die Fuhrwerksbesitzer waren vorgestern im Eiernen beisammen, um über die derzeitigen Fuhrlöhne zu beraten. Allgemein kam zur Sprache, daß es so nicht weitergehen kann und daß die seitherigen Fuhrlöhne in keinem Verhältnis stehen zu den Ausgaben, die der Fuhrhalter in dieser mahllos teuren Zeit hat; die Ausgaben für Futtermittel, Haber, Heu, Stroh, für Schmied, Wagner und Sattler, die Abnutzung von Geschir und Wagen, Wagen- und Geschirrt, elektrische Kraft und nun die unerträglichen Steuern, die über die Räder jedes einzelnen gehen, verlangen unbedingt einen angemessenen Ausgleich mit den Einnahmen. Wenn man bedenkt, daß ein Arbeiter in der vergangenen Woche 400 000 Mark Stundenlohn bekam und der Fuhrwerkslohn war auf 500 000 Mark festgesetzt oder über die Grenze der geringste gewerbliche Arbeiter 150 000 Mark erhielt und von Seiten der Fuhrwerksbesitzer ein Stundenlohn von 200 000 Mark verrechnet wurde, so ist das kein Verdienst, sondern der Ruin des Fuhrhalters. Hat nun noch ein Fuhrhalter Unglück oder es verendet gar ein Pferd, so ist an ein Wiederbeschaffen nicht zu denken. Es wurde deshalb beschlossen, den Fuhrlohn nach den tariflich bezahlten Arbeiterlöhnen zu berechnen und soll vom Montag 20. 8. ab der dreifache Betrag eines Ar-

weiterlohnes in Anrechnung kommen, so daß bei einem Stundenlohn von 400 000 M ein Fabriklohn von 1200 000 M berechnet wird usw. ab dem 20. 8. ab. Man wollte nicht den Tariflohn eines Bauhandwerkers, der vergangene Woche 480 000 M betrug, auch nicht den eines häuslichen Arbeiters mit 350 000 M in Anrechnung bringen, sondern den mittleren Tariflohn eines gewerblichen Arbeiters. Zum Schluß wurde noch verlangt, daß die Fabriklohn jeweils am Sonntag berechnet werden und sich dieselben sofort zu bezahlen, da sonst die Geldbewertung in Anwendung gebracht wird.

Der Steuerabzug vom Lohnabkommen wird vom 1. September ab verhältnismäßig, es sind also für jede Einzelperson 500 000 Mark vom dem Steuerbetrag abzugsberechtigt statt 250 000 Mark im August.

Der neue Posttarif, der am 1. September in Kraft tritt und mit der Teuerungszahl 750 000 rechnet, wird eine weitere scharfe Verteuerung bringen und es dürfte kosten: eine Postkarte im Druckerlohn 15 000 Mark, im Fernverkehr 20 000 Mark, ein Brief 37 500 bzw. 75 000 Mark, eine Karte ins Ausland 135 000 Mark, ein Auslandsbrief 225 000 Mark.

Der Goldfranken wird im Postverkehr mit dem Ausland vom 27. August ab mit 1 200 000 Mark berechnet.

Neue Freimarken. Die neue Postgebührenordnung erhöht die Herstellung von Freimarken in viel höheren Werten als bisher. Um die Postanstalten rechtzeitig mit den gangbaren Marken für Fernpostkarten und einfache Fernbriefe versorgen zu können, wurde zunächst zum Ueberdruck von Restbeständen alter Marken geschnitten. Der neue Wert wird durch schwarzen Aufdruck der Zahl 8 oder 20 mit dem Worte 'Tausend' darunter gebildet. Zum Ueberdruck mit 8000 M sind Freimarken zu 30 und 40 M der Zifferausgabe und zu 3, 8 und 10 M der Szeptokart-Ausgabe (Posthorn) in Aussicht genommen, zum Ueberdruck mit 20 000 M Freimarken zu 12, 25 und 40 M (Landarbeiter) und zu 200, 300 und 500 M (Zifferausgabe in gewöhnlicher Größe). Rollenmarken mit höheren Werten, als 1000 M kommen erst in zwei bis drei Wochen zum Versand. Ueberdruckten aller Rollenmarken ist ausgeschlossen. Marken in Werten von mehr als 20 000 M folgen.

Geldscheine statt Briefmarken. In letzter Zeit ist es öfters vorgekommen, daß Briefe in die Briefkasten gelegt wurden, denen keine Freimarken aufgeklebt, sondern entsprechende Geldscheine mit Klammern oder Adressen angeheftet waren. Die Post übernimmt für solche Briefe keine Haftung und wenn der angeheftete Schein auf irgend eine Weise verloren geht, wird Ertragsporto erhoben.

Der Fahrplan. Die Schnellzüge 909 und 914 zwischen Pforzheim und Freudenstadt verkehren über den 31. August hinaus bis zum 15. Oktober. Dadurch werden auch die Umleitungsverbindungen Freiburg—Frankfurt a. M. aufrecht erhalten. Die Schnellzüge 963 und 968 zwischen Pforzheim und Wildbad verkehren bis 15. September und Personenzug 907 von Pforzheim und Calw bis einschl. 15. Oktober.

Billigere Frachten für Kartoffeln. Bis auf weiteres sollen für Kartoffelbeförderungen Ausnahmegebühren von der Reichsbahn und verschiedenen Privatbahnen berechnet werden. Danach wird für Stückgut nur ein Viertel, für Wagenladun-

gen nur etwa ein Fünftel oder ein Sechstel der gewöhnlichen Frachten in Ansatz gebracht.

Wie notwendig die Zeitung ist, beweist folgendes von der bayerischen Regierung berichtete Vorkommnis: Von Seiten des Landauer Finanzamts mußte gegen eine Reihe von Arbeitgebern, vor allem Landwirten, mit Geldstrafen vorgegangen werden, weil sie den Steuerabzug vom Lohn ihrer Arbeitnehmer nicht richtig vorgenommen hatten. Die so Betroffenen gaben an, daß sie keine Zeitung lesen und so die diesbezügliche Bekanntmachung nicht gekannt hätten. Die Ausrede galt selbstverständlich nicht. Mancher mußte ein Vielfaches des Zeitungspreises an Strafen zahlen.

Gefälschte Lohnscheine. Der Mangel an Zahlungsmitteln hat die Auszahlung von Löhnen in Privatlohnzetteln notwendig gemacht. Als bald sind aber auch schon, wie die Münchner Polizeidirektion bekannt gibt, gefälschte Lohnscheine aufgetreten, indem gefälschte Scheckhefte mit nachgemachten Stempeln und Unterschriften größerer Banken und Firmen ausgefüllt werden. Bei Annahme von Schecks ist daher die Vorsicht geboten, daß von dem Vorzeiger verlangt wird, seinen Namen auf die Rückseite des Schecks zu schreiben.

Papiergeldwucher. Ähnlich wird darauf aufmerksam gemacht, daß sich jeder strafbar macht, der unter Ausbeutung der gegenwärtigen Vorgeblichkeitspapiergeld oder Notgeld mit einem Aufschlag weitergibt. Als besonders schwerer Fall ist insbesondere anzusehen, wenn der Täter aus Habgier die wirtschaftliche Notlage der Bevölkerung ausbeutet. Die neue Preisstreberei-Verordnung bedroht den Leistungswucher mit Gefängnis und Geldstrafe bis zu 20 Millionen. In schweren Fällen ist die Strafe Zuchthaus. Der erzielte Verdienst wird eingezogen.

Edelweizen. Eigenenerpläne. An der Straße nach Altmühl oberhalb der Schillischen Mühle hielten sich seit Freitag 2000 bis 3000 Arbeiter auf. Kurz vor ihrer Weiterreise am Sonntag nachmittag begaben sie sich anscheinend in den dem Schultrich Dengler gehörenden Bierensland der sich gegenüber der Schillischen Mühle oben auf dem Steinbruch befindet. Sie nahmen die mit Honig gefüllten Waben und 1 größeres Honigblech weg und warfen sie in dem ganzen Bierensland den Steinbruch hinab. Die Bierener sind in der Richtung a. Gemmingen verschwand. Einbrüche in Eberthardt, wo Lebensmittel und Geld den fischen Räubern in die Hände fiel, dürften auf die gleiche Hande zu führen sein.

Hauswirtschaftliches

Hefenknödel. Ein Pfd. Mehl wird mit 1/2 Liter verdünnter Milch und 25—30 Gramm Hefe gut verarbeitet. Dann stellt man den Teig an einen warmen Ort und läßt ihn genügend lange gehen. Ist er genug gegangen, so formt man mittels eines Köffels aus der Masse runde Knödel und gibt sie in kochendes Salzwasser, wo sie aufgehen bis über Faustgröße. Am besten wird eine Zwiebelrinne zu den Knödeln gegeben. Auch aufbacken schmecken sie sehr gut.

Handelsnachrichten

Deutscher Kurs am 27. August: 5 614 000 (4 711 750). Berliner Getreidemarkt am 27. August in 1200 Mark; Weizen

10 250—10 750, Roggen 7250—7500, Gerste 7750—7800, Hafer 8500—8750, Weizenmehl 36 000—40 000, Roggenmehl 23 500 bis 25 000, Weizenkleie 4750—5000, Roggenkleie 3000, Hafer 9000 bis 9500.

Berliner Geldmarkt: Tägliches Geld 1—2 Prozent. Der Index für die Lebenshaltungskosten ist nach der Industrie- und Handelszeitung entsprechend der Dollarbewegung in der Woche vom 18. bis 24. August von 439 910 auf 722 427 d. h. um 64,2 Prozent gestiegen.

Die Indexziffer der Bücher und Hotels ist auf 800 000 erhöht worden. Millionensteife für 1 Kilo Leder. Die Preise für 1 Kilo Leder betragen 2,8 bis 5,3 Millionen. Der Verkauf hat infolge der hohen Preise abgenommen.

Stuttgarter Börse, 27. August. Die Stimmung der Börse war heute ausgesprochen fest. Der Nachfrage stand nur wenig Angebot gegenüber, weshalb die Kurse nahezu auf der ganzen Linie angezogen haben. Das Geschäft war im allgemeinen jedoch verhältnismäßig gering. Der Markt der Festverzinslichen war weiter fest. Bankaktien (in 1000 Prozent): Vereinsbank 2100 (2000), Rotenbank 6000 (5000), Hypothekbank 1100 (1000). Brauereiwerte: Reitenmeyer 4000 (3500), Bodenjollen 5000 (4500), Walle 8500 (8200), Ehlinger 3500, Pflaum 2000, Ravensburg 3200 (3400). Metallaktien: Feinmechanik 22 000 (15 000), Behner 23 000 (22 000), Andreas Koch 8500 (8000), Gebr. Jungbans 4200 (4500), Württ. Metallwaren 16 000 (14 000), Metallaktien: Daimler 1900 (1700), Laupheimer 18 000 (15 000), Magirus 2500 (2000), Ehlinger 4300 (3000), Gebr. 3050, Junge im Freiverkehr mit rd. 2500 gehandelt, Weingarten 8000 (7000), Neckaralmer 4400 (3650), Spinnereiwerte: Erlangen 5600 (5500), Kolb-Schäfer 8000 (6500), Ehlinger 12 000 (10 000), Unterhausen 8000, Kottner 12 000, Rachen 8000, Perle 10 000 (14 000), Leinenindustrie 15 000 (12 000), Kottan 13 000. Sonstige Werte: Allin 15 000 (10 000), Zementwerk Heidelberg 6000 (4050), Bremen-Beigheimer 9000 (8500), Mannheimer Del 8000, Koller Opa 3600 (2600), Knorr 4200 (3500), Stein-Rottweil 9000 (8000), Leibbrand 1700 (1400), Krumm 3100 (2450), Salzwerk Heilbronn 45 000 (35 000), Seht Wachenheim 7000 (6900), Stuttg. Wäldermühle 5000, Union Deutsche Verlagsgesellschaft 4200 (3900), Stuttg. Zucker 5200 (4300), Transport 1500 (1000), Ziegelwerke Ludwigsburg 4200 (3800).

Stuttgarter Vereinsbank. Preise in Doppelcenten in Millionen Mark. Weizen, wirtl., alte Ernte 20—23, Sommergerste, alte Ernte 14—16, neue Ernte 16—18, Roggen —, Hafer alt 12—14, Reiss neu 26—28, Weizenmehl 6 mit Jauch von Auslandsgetreide 42—48, Brotmehl 38—42, Meie 3—8 1/2, Weizen 3 1/2—4, Weizen 4—4 1/2, Stroh drachtpreis 4—4 1/2.

Rundennachlohn bei 6 Prozent Mäher 350 000 Mark, bei 7 Prozent 450 000 Mark d. Jhr. Berliner Weizenmarkt: 1. Güte 1200 000 Mark das Hund, Kartoffeln 1 300 000 Mk. d. Jhr.

Märkte

Vöslingen, 27. August. Auf dem Schweinemarkt waren zugeführt 228 Milchschweine. Der Preis für ein Stück betrug 1—28 Millionen Mark. Alles wurde verkauft. — Auf dem Wollmarkt kosteten Wepel 40 000 Mk., Wollen 40 000 Mark, Pfannen 50 000 Mk. per Pfund, Wolat (1 Kopf) 15 000 Mark, Göttingen ebenso.

Crailsheim, 27. August. Schweinemarkt. Zufuhr 433 Stück Milchschweine, 14 Käsefische. Preis für 1 Paar Milchschweine 24—28 Millionen Mark, für ein Paar Käsefische 40 bis 100 Millionen Mark.

Die Deutsche Volksanleihe

Wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches.

Die durch die Ungunst der außenpolitischen Lage der deutschen Währung zugefügte Schädigung hat die Ausgabe eines besonderen wertfesteren Reichspapiers — der Wertbeständigen Anleihe — erforderlich gemacht. Damit ist jedermann die Möglichkeit gegeben, sein Vermögen und Einkommen, vorübergehend oder dauernd, wertbeständig, vorteilhaft und sicher anzulegen.

Die Anleihe ist wertbeständig, denn sowohl die Bezahlung der Zinsen wie die Rückzahlung des Kapitals erfolgt auf Basis des Dollarkurses. Die Anleihe ist eine Volksanleihe, denn die kleinen Stücke ermöglichen es weiten Kreisen der Bevölkerung, ihre Ersparnisse durch Anlage in dieser Anleihe zu sichern. Dem Charakter dieser Anleihe als Sparanleihe entspricht es insbesondere, daß die Zinsen der kleinen Stücke bei Fälligkeit der Anleihe insgesamt in Form eines Zuschlages von 70 % zurückgezahlt werden.

Es steht zu erwarten, daß sich die kleinen Stücke infolge dieser Ausstattung besonders leicht im Verkehr einbürgern werden. Der Umsatz in dieser Anleihe wird aber namentlich dadurch erleichtert, daß sie von der Börsenumsatzsteuer befreit ist.

Wer also Einkünfte und Betriebsmittel in dieser Anleihe vorübergehend anlegen will, braucht nicht zu befürchten, daß ihm beim Verkauf besondere Unkosten entstehen. Aber auch als dauernde Kapitalanlage ist die Anleihe außerordentlich geeignet, nicht nur wegen ihrer Wertbeständigkeit, sondern auch wegen der Befreiung von der Erbschaftsteuer für den Selbstgenießer.

Die Anleihe ist ein sicheres Anlagepapier, denn Zinsen und Rückzahlung sind reichsgesetzlich sichergestellt durch das Vermögen der gesamten deutschen Wirtschaft: Banken, Handel, Industrie, Landwirtschaft, sowie eines jeden, der über steuerpflichtiges Vermögen verfügt.

Die Zeichnung auf die Anleihe kann in Mark (100 %) sowie in Devisen und Dollarschaganweisungen (95 %) erfolgen.

Die Anleihe besitzt demnach alle Eigenschaften, die ein erstklassiges Anlagepapier haben muß: vorzügliche Ausstattung und Sicherheit sowie leichte Veräußerbarkeit von Hand zu Hand. Namentlich durch ihre Wertbeständigkeit und ihre Befreiung von der Erbschaftsteuer ist sie geeignet, den dem deutschen Volke inwohnenden Spartrieb wieder zu beleben.

Daß die Anleihe auch ein wichtiges Glied in der Kette der Maßnahmen ist, welche dazu dienen sollen, eine Gesundung der Wirtschaft, der Währung und der Finanzen herbeizuführen, bedarf nicht der Erwähnung. Wer sie zeichnet, sichert sich nicht nur die denkbar beste Anlage seiner flüssigen Gelder, sondern er trägt auch dem großen Ganzen, indem er Bausteine zum Wiederaufbau heranträgt!

- | | | | | |
|--|---|--|--|--|
| Der Präsident des Reichstags
Lübe | Gewerbeamtenrat
H. Plate | Verband deutscher
Öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten
Bald, Staatssekretär z. D. | Vereinigung der Deutschen
Arbeitgeberverbände e. V.
Dr. Sorge | Reichsverband d. deutschen landwirt-
schaftlichen Genossenschaften e. V.
Johannsen |
| Deutschnationale Volkspartei
Herz | Deutscher Städteverband
Vors. Oberbürgermeister
Reichsverband
der Deutschen Industrie
Dr. Sorge | Deutscher Zentral-Giroverband
Dr. Kleiner | Allgemeiner
Deutscher Gewerkschaftsbund
Leipart | Generalsverband der deutschen
Kaufmann-Genossenschaften
Dr. Seemann |
| Deutsche Volkspartei
Dr. Scholz, Reichsminister a. D.
M. d. N. W. N. | Hansa-Bund
Dr. H. Fischer, M. d. N. | Deutscher Sparkassenverband
Juchacz | Deutscher Gewerkschaftsbund
Egerwald | Genossenschaftsverband e. V.
Korfhäus, M. d. N. |
| Deutsche Demokratische Partei
Dr. Peterlen | Zentralverband des Deutschen
Großhandels e. V.
Dr. h. c. Harms, Geh. Kommerzienrat
Krinath, M. d. N. | Reichsverband
der Privatversicherung
Walther, Generaldirektor | W. Gutsche Otto Thiel Bernhard Otto
Gewerkschaftsring | Reichsverband
Deutscher Konsumvereine e. V.
Schlach, M. d. N. |
| Zentrum
Marz, Senatspräsident | Reichsverband des Deutschen Ein-
und Ausfuhrhandels
Dr. Hugo, M. d. N. | Reichsausschuß
der Deutschen Landwirtschaft
Freiherr von Wangenheim | Deutscher Arbeiter-, Angestellten-
und Beamtenverbände
Gesamtoverband Deutscher
Angestellten-Gewerkschaften
Otto Thiel, M. d. N. | Zentralverband
Deutscher Konsumvereine
H. Kaufmann |
| Sozialdemokratische Partei
Hermann Müller, Reichsminister a. D. | Hauptgemeinschaft des Deutschen
Einzelhandels
H. Grünlich | Die Geschäftsführenden Vorständen
des Reichslandbundes
Depp | Allgemein. Freier Angestelltenbund
Süß | Reichsstadtebund
Verband der deutschen Landkreise
Dr. Constantin, Landrat a. D. |
| Bayerischer Bauernbund
Eisenberger | Deutscher Bauernbund e. V.
A. Müller, M. d. N. W. N. | Bereinigungen
der Deutschen Bauernvereine
Freiherr von Kerkerink zur Borg
Dr. Cronm-Wingbrock | Deutscher Beamtenbund
Mügel | Deutscher Zeitungsverleger e. V.
Dr. Krumbhaar, Kommerzienrat
Reichsverband der Deutschen Presse
F. Voelter, M. d. N. |
| Vorläufiger Reichswirtschaftsrat
Dr. C. F. von Siemens | Deutscher Industrieller- u. Handelsrat
Frazz von Mendelssohn | | | |
| Deutscher Landwirtschaftsrat
Dr. Brandes | Preussische
Hauptlandwirtschaftskammer
Deutscher Handwerks- und | | | |



